

Maria-Sibylla Lotter: "Der kulturelle Wandel bringt Anreize zum moralischen Terror mit sich"

Interview: [Anant Agarwala](#) und [Maximilian Probst](#)
18. Januar 2024, 5:40 Uhr [132 Kommentare](#)



© Anna Ziegler für DIE ZEIT

Maria-Sibylla Lotter, 62, ist Philosophin und lehrt als Professorin für Ethik und Ästhetik an der Ruhr-Universität Bochum. Sie hat 2023 den Sammelband "Probleme der Streitkultur in Demokratie und Wissenschaft" herausgegeben. Sie forscht unter anderem zu Meinungsverschiedenheiten und Moral.

ZEIT ONLINE: Frau Lotter, wie steht es um die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland?

Maria-Sibylla Lotter: Theoretisch ausgezeichnet, weil die Wissenschaftsfreiheit verfassungsrechtlich geschützt ist. In der Praxis aber deutlich schlechter, weil es sich heute kaum noch jemand leisten kann, mit unliebsamen Themen und Thesen anzuecken.

ZEIT ONLINE: Im Dezember wurde am Lehrstuhl für Architekturtheorie an der RWTH Aachen auf Anweisung des Rektors [eine Veranstaltung abgesagt](#). Eine Gruppe jüdischer Studierender hatte der Gastrednerin zuvor eine Nähe zur antiisraelischen Organisation BDS vorgeworfen. Wie bewerten Sie das?

Lotter: Ich halte diese Absage für fatal. Es ging um einen Vortrag über den Einsatz architektonischer Methoden zur Lösung von Kriminalfällen an einem Beispiel aus den Niederlanden, ohne Bezug zu Israel. Die RWTH Aachen hat ein Zeichen gesetzt: Die Ruhe vor Beschwerden auf dem Campus ist wichtiger als die Freiheit der Wissenschaft.

ZEIT ONLINE: Ein Einzelfall?

Lotter: Nein, es entspricht einer neuen Tendenz, im Namen von Sicherheit und Wohlbefinden die Wissenschaft einzuschränken. So wird die unangenehme Situation vermieden, mit anderen Positionen konfrontiert zu werden und sich moralisches Unbehagen zuzumuten. Das geht auf die Verbindung von Therapiekultur und woke Bewegung zurück.

ZEIT ONLINE: Therapiekultur?

Lotter: Ich meine die Übertragung von Verhaltensweisen und Begriffen aus dem therapeutischen Bereich auf den Alltag. Wer Menschen als hochsensible und traumatisierbare Patienten wahrnimmt, möchte sie schützen, etwa vor irritierenden Diskussionen, die "triggern" könnten. Das kann dazu führen, dass es als inakzeptabler rassistischer Übergriff angesehen wird, wenn ein Dozent in einem philosophischen Seminar über Freiheit die Frage aufwirft, ob die Burka ein Symbol der Unterdrückung sei.

ZEIT ONLINE: Sie spielen auf die Forderung nach dem Campus als Safe Space an, nach Triggerwarnungen und dem Schutz vor sogenannten Mikroaggressionen. Man kann dies auch als Fortschritt deuten. Früher hat man gesagt: Jetzt stell dich nicht so an – und hat reales Unrecht nicht ernst genommen.

Lotter: Da haben Sie recht. Wir haben es mit einem kulturellen Wandel zu tun, der eine Sensibilisierung für reales Leid, soziale Ungerechtigkeiten und Vorurteile mit sich bringt. Das ist eine großartige Entwicklung. Aber dieser Wandel bringt auch Anreize zum moralischen Terror mit sich – und das Mitgefühl mit den einen verbindet sich nicht selten mit einer erstaunlichen Empathielosigkeit gegenüber denen, die einer Diskriminierung angeklagt werden.

ZEIT ONLINE: Was Sie beschreiben, wird vor allem mit der Szene der sogenannten woken Linken an den liberalen Universitäten der USA verbunden. Fordern Ihre Studierenden in Bochum auch Triggerwarnungen ein?

Lotter: Bistlang kaum. In einem Seminar im vorletzten Semester beschwerte sich bei mir ein Student über den Roman *Schande* von J. M. Coetzee, er habe sich nach der Lektüre unbehaglich gefühlt. Ich habe geantwortet, dass diese Erfahrung zum Studium gehört. Rassismus, Vergewaltigungen, Ausnutzung von Machtpositionen, die Themen dieses Buches, sind ja soziale Realitäten. Das hat der Student auch eingesehen.

ZEIT ONLINE: Das klingt unproblematisch und nicht gerade nach einem Massenphänomen. Auch Studien ermitteln ein hohes Maß an Wissenschaftsfreiheit in Deutschland. Gibt es bis auf wenige, medial präsenste Fälle vielleicht gar kein Problem?

Lotter: Diese Studien untersuchen, inwieweit der Staat eingreift. Das ist nicht unser Problem. Die ideologische Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit findet eher innerhalb der Universitäten statt und geht von der Leitung, der Kollegenschaft oder den Studierenden aus. Es gibt Tabus, worüber man nicht forschen darf. Wie Susanne Schröter vom Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam berichtet, sollte man zum Beispiel nicht über Ehrenmorde in bestimmten Migrantengruppen promovieren oder Abschlussprojekte über Islamismus planen, wenn man nicht als Rassist gelten und seine Karriere gefährden will. Auch dann nicht, wenn man selbst aus diesen Gruppen stammt. Das ist den Betreuern zu heikel.

ZEIT ONLINE: Schafft vor allem die politische Linke diese Tabus?

Lotter: Für die letzten 20 Jahre würde ich das bejahen, es sind aber nicht nur Konservative, sondern auch Linke davon betroffen. Zudem führt die berechtigte Aufregung über einige bekannt gewordene antisemitische Ausschreitungen gerade dazu, dass Referenten, die sich kritisch mit Israel auseinandersetzen, in vorauseilender Angst ausgeladen oder gar nicht erst eingeladen werden.

ZEIT ONLINE: Wie beurteilen Sie die Vorfälle an der Universität der Künste in Berlin? Dort reckten schwarz gekleidete, teils maskierte Studierende [bei einer Art Performance rot angemalte Hände in die Luft](#).

Lotter: Das wurde von den jüdischen Studierenden als Bedrohung erlebt. Hier sollte der Rektor – und das hat er auch versucht – unbedingt mäßigend eingreifen, denn diese Form der sehr aggressiven Meinungsäußerung kann nicht zu einem Dialog führen. Wenn dagegen jemand mit Argumenten die israelische Politik oder Militärstrategie kritisiert, dann muss das selbstverständlich diskutiert werden können. Hier sollten die Veranstalter dann möglichst auch andere Stimmen zu Wort kommen lassen.

"Alle müssen zu Wort kommen können. Sonst hat man keine Demokratie"



"Es gibt Tabus, worüber man nicht forschen darf", sagt Maria-Sibylla Lotter. © Anna Ziegler für DIE ZEIT

ZEIT ONLINE: Im Berliner Kulturbetrieb greift seit Jahresbeginn eine neue Klausel, nach welcher Fördergelder an ein schriftliches Bekenntnis gegen Antisemitismus geknüpft sind.

Eine solche Klausel wird dort nun auch für die Wissenschaft diskutiert. Was denken Sie darüber?

Lotter: Die schwierige praktische Aufgabe, legitime Israel-Kritik von Antisemitismus zu unterscheiden, lässt sich kaum durch Bekenntnisforderungen lösen. Wer hält sich schon für einen Antisemiten?

ZEIT ONLINE: Die Vorlage für die neue Klausel ist der BDS-Beschluss des Bundestags 2019. Seither soll bei Veranstaltungen, die öffentlich finanziert werden, immer überprüft werden, wie Teilnehmer zur BDS-Bewegung stehen. Sehen Sie das auch kritisch?

Lotter: Rein theoretisch finde ich die Idee, Antisemitismus nicht mit öffentlichen Geldern zu fördern, richtig. Ich hoffe aber, dass diese Empfehlung in der Praxis vor Ort nicht zu schematisch umgesetzt wird, denn es ist wichtig, auch mit israelkritischen Intellektuellen und Künstlern im Gespräch zu bleiben. Hier ist vor Ort Augenmaß und auch etwas Mut gefragt.

Newsletter

Künstliche Intelligenz ist die wichtigste Technologie unserer Zeit. Aber auch ein riesiger Hype. Wie man echte Durchbrüche von hohlen Versprechungen unterscheidet, lesen Sie in unserem neuen KI-Newsletter.

ZEIT ONLINE: Die Übergänge zwischen Israel-Kritik und Judenhass sind nicht immer trennscharf. Die Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger hat sich gerade dazu geäußert, dass jüdische Studierende sich nicht mehr sicher fühlten, und kritisiert, dass sich einige Universitäten nicht klar genug gegen Antisemitismus positionierten. Wo sehen Sie die Grenze dessen, was Hochschulen laufen lassen müssen?

Lotter: Wenn jemand die Hamas-Position vertreten würde, dass der Staat Israel vernichtet werden muss und der Kampf gegen alle Juden auf der Welt geführt werden muss, würde das juristisch unter Volksverhetzung fallen. Auch antisemitische Äußerungen und Bilder wie auf der Documenta dürfen nicht geduldet werden.

ZEIT ONLINE: Was bedeutet das für die Hochschulen konkret, wenn sie das nicht zulassen? Geht es dann doch darum, Redner auszuladen, die sich in der Vergangenheit womöglich ähnlich geäußert haben?

Lotter: Könnte sein. Wir dürfen das Problem aber nicht auf die Frage reduzieren, wer wo eingeladen wird. Wichtiger ist die Frage, wie es gelingen kann, dass man an der Universität auch heikle Themen von vielen Seiten betrachten und ohne Feindseligkeit und moralische Überheblichkeit über sie diskutieren kann. Es kann sinnvoll sein, eine kontroverse Einladung zu ergänzen, indem man weitere Personen einlädt, die andere Positionen vertreten, aber intellektuell offen sind. Ich würde immer in Richtung der Vielstimmigkeit gehen.

"Wissenschaft ist aber keine Wellness-Oase"

ZEIT ONLINE: Warum?

Lotter: Weil man nur so dazu lernt. Die menschliche Vernunft funktioniert nicht monologisch. Man neigt zur Selbstüberschätzung. Deshalb sind Meinungsfreiheit und die Kultivierung der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden so wichtig: Damit wir die

Situation, die eigene Position rechtfertigen zu müssen, nicht wegschieben können. Oft merkt man erst dann, dass man manches noch nicht richtig durchdacht und einige Konsequenzen übersehen hat.

ZEIT ONLINE: Trotzdem kommen wir nicht um die Frage herum, was geduldet werden kann. Kürzlich mussten [drei US-amerikanische Uni-Präsidentinnen vor dem US-Kongress die Frage beantworten, ob es erlaubt sei, auf dem Campus zum Genozid an Juden aufzurufen](#). Sie antworteten sinngemäß, es käme auf den Kontext an. Zwei der drei sind mittlerweile zurückgetreten.

Lotter: Hier muss man die andere Rechtssituation in den USA berücksichtigen; der berühmte erste Verfassungszusatz in den USA garantiert eine radikale Redefreiheit. Es gibt kein Gesetz gegen Volksverhetzung. Es dürfen auch Neonazis mit SS-Uniformen in jüdischen Vierteln herumlaufen. Solche Demonstrationen können nur verboten werden, wenn sie direkt in Gewalt umzuschlagen drohen oder Gegengewalt zu erwarten ist. Die Präsidentinnen haben sich auf diese Rechtslage zurückgezogen.

ZEIT ONLINE: Ist eine legalistische Antwort auf eine solche Frage angemessen?

Lotter: Nein, denn die Frage zielte ja auf die Politik innerhalb der Hochschulen. Alle Unis geben sich eigene Sprachregeln, nach denen bestimmte Ausdrücke und Verhaltensweisen nicht erlaubt sind. An vielen Universitäten sind die schon angesprochenen Mikroaggressionen gegenüber bestimmten Minderheiten untersagt. Darunter fallen sogar Fragen wie: "Wo kommen Sie eigentlich her?" Vor diesem Hintergrund erscheint es skandalös, dass die Präsidentinnen jüdischen Studierenden, anders als anderen Minderheiten, nicht einmal Schutz vor schwersten Drohungen zusicherten.

ZEIT ONLINE: Was ist mit jüdischen Stimmen, die sich zum Teil extrem israelkritisch äußern? Masha Gessen, selbst Nachfahrin einer Holocaustüberlebenden, hat in einem Essay [den Gazastreifen mit einem NS-Ghetto verglichen](#). Müssen wir das ertragen?

Lotter: Ja, müssen wir. Auch ich finde solche Äußerungen irritierend, ebenso den Vergleich Israels mit dem südafrikanischen Apartheidstaat. Aber gerade, weil diese rhetorischen Übertreibungen in den Köpfen hängen bleiben, ist es umso wichtiger, sie wörtlich zu nehmen, öffentlich zu diskutieren und zu entkräften. Indem man sich fragt: Was genau bedeutet Völkermord? Was macht die israelische Armee, welche Waffen setzt sie ein, welches Ziel verfolgt sie? Welche Rechte haben die Palästinenser in Israel, welche hatten die Schwarzen unter dem Apartheidregime? Man sieht dann schnell: Die Unterschiede sind gewaltig.

ZEIT ONLINE: Der Versuch, bestimmte Redner an ihrem Auftritt zu hindern, wird oft damit begründet, extremen Meinungen keine Bühne bieten zu wollen. Im Umgang mit der AfD zum Beispiel könnte man sagen: Die Partei vertritt wissenschaftsfeindliche Positionen. Wer sie einlädt, schaufelt am Ende sein eigenes Grab. Was erwidern Sie?

Lotter: Warum sollte etwa eine Politikwissenschaftlerin, die Vertreter von Parteien einlädt, auf die AfD verzichten müssen? Es bereitet zwar immer Unbehagen, sich mit Positionen zu befassen, die man falsch findet, und sich durch Menschen, die einem suspekt sind, unter Rechtfertigungsdruck setzen zu lassen. Wissenschaft ist aber keine Wellness-Oase. Und auch außerhalb der Wissenschaft sollte man nicht versuchen, unerwünschte politische Meinungen aus der Öffentlichkeit auszugrenzen.

ZEIT ONLINE: Jeder muss gehört werden?

Lotter: Eine Demokratie ist nur so lange eine Demokratie, solange alle die Möglichkeit haben, öffentlich ihre Meinung kundzutun. AfD-Wählern zu sagen: Ihr dürft alle vier Jahre euer Kreuzchen machen – das reicht nicht. Alle müssen zu Wort kommen können. Sonst hat man keine Demokratie.